

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1917

295 (28.6.1917) Mittagsblatt

Badische Landeszeitung

Samstag-Beilage: Kriegsdrachberichte der Woche

Ausgabe: Wöchentlich zweifach. — **Bezugspreis:** Vierteljährlich in Karlsruhe bei der Geschäftsstelle oder einer Niederlage bezogen M. 3.—, in das Haus gebracht M. 3.30, durch die Post bezogen ohne Zustellungsgebühr M. 3.— gegen Vorauszahlung.

Anzeigengebühr: Die einspaltige Kolonelle oder deren Raum 20 Pf., Reklamezeile 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechende Ermäßigung.

Anzeigen-Ermäßigung: in der Geschäftsstelle der Badischen Landeszeitung, Karlsruhe i. V., Pfaffenstraße 9 (Fernsprech-Anschluß Nr. 400) sowie in allen bekannten Anzeigen-Geschäften.



Samstag-Beilage: Badisches Unterhaltungsblatt

Verantwortlich: Für den leitenden Teil, Deutsches Reich, Ausland, badische Politik und Feuilleton Walter G.ünter; für badische unpolitische Angelegenheiten, Votalsnachrichten, Gerichtsfall, Sport, Handel und letzte Drachberichte Karl Binder; für Reklamen und Anzeigen Mathilde Schuhmann; sämtliche in Karlsruhe.

Sprechzeit der Schriftleitung: vormittags 1/2 10 bis 1/2 11 Uhr, nachmittags 1/2 5 bis 1/2 6 Uhr. Fernsprech-Anschluß Nr. 400.

Rotationsdruck und Verlag der Badischen Landeszeitung, G. m. b. H., Pfaffenstr. 9, Karlsruhe.

Nr. 295

76. Jahrgang.

Karlsruhe, Donnerstag, 28. Juni 1917

76. Jahrgang.

Mittagsblatt.

Der Weltkrieg.

Die Kriegslage.

Deutscher Abendbericht.

WB. Berlin, 27. Juni, abends. (Amtlich.) An allen Fronten im allgemeinen ruhiger Tag. Der Hafen von Danzig wurde erfolgreich durch unsere Artillerie beschossen.

WB. Berlin, 27. Juni. An der flandrischen Front wurden am 27. 6. vormittags die deutschen Stellungen südlich der Bahn Npern-Roulers etwas vorgeschoben. Die Hafenanlagen von Dünkirchen wurden unter schwerer Artilleriefeuer genommen. Bei dem starken Angriff auf Lens am 26. 6. 8 Uhr vormittags erlitten die Engländer schwere Verluste. Bei Fontaines wurden die Kämpfe erbittert fortgesetzt. Alle Versuche der Engländer, die Einbruchsstelle durch Nachziehen harter Maschinen zu behaupten, scheiterten bis auf ein unbedeutendes Stück. Die englischen Verteidigungsstellungen zermieteten reihenweise in das deutsche Wäldchen und Gewehrfeuer. In Vervins wurden südlich Boisgrenier und nordöstlich Gul-luch Gefangene eingebracht.

An der Masurenfront und in der Westschampagne Artilleriefeuer. Marschierende Infanterie und Wagenkolonnen wurden unter Vernichtungsfeldfeuer genommen. Mehrfache Explosionen und große Brände u. a. in Baumont und Brigny wurden beobachtet.

Die gestern gemeldeten Kämpfe an der Vergasse bei der Gurtebe-ferme führten dazu, daß es dem Feinde gelang, an der Vergasse Anfangserfolge feitzubehalten, während wir im Westen der Nase ihn aus unserer ersten Linie, in die er eingedrungen war, mit sofortigen Gegenstoß wieder hinausgeworfen haben. Unsere Gegenstöße gegen die Vergasse selbst hatten keinen Erfolg.

Zu dem Eifelsturmbereich über die Beschichtung von Reims am 25. 6. sei festgestellt, daß am 24. rund 180 und am 25. rund 350 Schuß auf die in Reims stehenden und deutlich als feuernd erkannten Batterien abgegeben wurden.

Der Feldzug in Mesopotamien.

WB. London, 27. Juni. Der Untersuchungsausschuß über die Führung des Feldzuges in Mesopotamien hat einen Bericht veröffentlicht, worin es heißt, solange die Unternehmung unter der Leitung der Regierung von Zindien stand, die Bewaffnung, Ausrüstung, Verproviantierung und ärztliche Versorgung in hohem Maße unzureichend gewesen seien.

Die Russen bei der Saloniki-Armee.

WB. Berlin, 28. Juni. Dem „Berl. Lokalan.“ zufolge meldet die „Wiener Allgemeine A.“ aus Stodolow, Kerschbaum habe mitteilt, daß er von dem Kommandanten der russischen Balkanarmee, General Dietrich, die Mitteilung erhalten habe, es müsse ein höherer Offizier nach Saloniki kommen, um die unruhig gewordenen Truppen über die Ereignisse in Rußland aufzuklären.

Vor einem Jahr.

28. Juni 1916. Fortschritte der deutschen Truppen bei Verdun, links der Maas.

Bekannt.

Roman von Hedda von Schmid.

(38) **(Nachdruck verboten.)** Frau Amalie Schimmelsbeck hatte sich neben Gerrika auf den Rand der Chaiselongue gesetzt und streichelte sanft die Hände des jungen Mädchens.

„Es war wie ein Fingerzeig des Schicksals“, fuhr sie fort, „daß ich dir bei der Landung in Hamburg meine Adresse gab. Ich hatte bereits damals das Vorgefühl, daß du eines Tages dich um Rat und Hilfe an mich wenden würdest. Ich war ja selber arm — bin's noch — aber es reicht zum Glück doch zu einem bescheidenen Leben. Wir, mein armer Mann und ich, hatten ja in Amerika all unsere Ersparnisse verloren. Es ging ja zuerst ganz flott mit dem Konfektionsgeschäft, aber mein guter Mann verband das Rechnen nicht und ließ sich immer wieder überbieten. Wenn ich nicht zu schneidern verstanden hätte, wäre es mir als mittellose Witwe übel ergangen, solange der Prozeß um den Nachlaß meines Mannes schwärte. So war ich froh, daß ich Theateraufführungen machen konnte. Ich hab's dir ja schon oft erzählt, aber ich rede noch immer so gern von jenen Zeiten, so schwer sie auch mitunter waren. Die Damen vom Theater schenken so viel abgelegte Sachen, daß ich die wohl bis an mein Lebensende auftragen werde. Es ist, wie es scheint, mein Los, immerzu mit dem Theater in Verbindung zu bleiben. Du wirst noch Großes in deiner Kunst erreichen, Gerrika, denk an meine Worte.“

Gerrika dy Santos blickte mit einem düsteren, unstillen Blick ins Weite: „Wenn ich Heino Gelters Urteil als für mich maßgebend betrachten kann, dann wußt ich, es ist mir geallt, überaus glücklich — aber richtiges Glück ist es doch nicht...“

„Ja, Gerrika, wo fehlt es denn?“

„Ach, Schimmelsbeck frage mich nicht danach, ich weiß es ja selber nicht zu sagen. Seit ich gestern Fred Delarue im Theater wiederzusehen habe ist alles so verwirrt in mir... Die alten Erinnerungen sind übermächtig... Sie quälen mich. Mir

Die Luftangriffe auf England.

Die Vergeltungsfrage vor dem Oberhaus.

WB. London, 27. Juni. Im Oberhaus sprach Lord Strachie über die Frage von Vergeltungsmahnahmen gegen feindliche Luftangriffe und regte an, daß jeder feindliche Angriff, der der bürgerlichen Bevölkerung Englands erheblichen Schaden zufügt, durch einen Angriff in weit größerem Maßstabe gegen irgend eine deutsche Stadt im Bereiche der französischen und englischen Linien erwidert werden sollte. Lord Strachie sagte: Der einzige Grund und Zweck, der uns zu Vergeltungsmahnahmen veranlassen könnte, wäre die Schonung des Lebens unserer Nichtkämpfer, der Frauen und Kinder. Ich persönlich glaube, daß die Vermeidung von Vergeltungsmahnahmen weit besser sein würde. In kommenden Jahren wird man dankbar dafür sein, daß man sich nicht bis auf das Niveau der Deutschen erniedrigte. Uebrigens wird es offensichtlich nicht überall anerkannt, daß Bomben zur Vergeltung jeden Tag abgeworfen werden. Bahnhöfe, Truppenkolonnen, Munitionslager, Stabsquartiere im Felde und Eisenbahnen werden planmäßig und regelmäßig mit Bomben beschoßen. Ich glaube sicher, daß das Volk, wenn es die Ergebnisse dieser Angriffe wüßte, zufrieden sein würde.

Kriegsminister Lord Derby gab zu, daß der Umfang der Tätigkeit mit Bomben hinter den feindlichen Linien, die Tag für Tag von den britischen Luftstreitkräften ausgeführt werden, nicht genügend bekannt ist. Unter Berufung auf die Führer der britischen Luftstreitkräfte in Frankreich sagte Derby, man übertriebe nicht, wenn man sage, daß die Engländer für jede Bombe, die von den Deutschen hinter der englischen Linie abgeworfen wird, hundert hinter den deutschen Linien abwerfen. (???) Diese Bombenwürfe hätten militärische Ziele, und er meinte, daß der Lord dem Gedanken zustimme, da die Engländer nicht versuchen sollten, die Deutschen in der Brutalität nachzuahmen und daß die Anwendung des Grundgesetzes „Aug um Auge, Zahn um Zahn!“ durch Sündenorden von Frauen und Kindern unbedingt der englischen Nation widerstrebe. Und wenn es sich um Vergeltungsmahnahmen handle, so müßten die Engländer bestimmte militärische Ziele vor sich haben, wie die Zerstörung von Brücken, die Herstellung von Munitionsfabriken oder sonstigen Anlagen zu militärischen Zwecken. Das können wir bombardieren, fuhr er fort. Es ist recht und billig, daß wir das mit Bomben beladen. Das ist ein richtiger Grund. Wir dürfen unseren militärischen Behörden nicht die Hände binden. Wir müssen zurückschlagen, aber es muß den militärischen Behörden überlassen bleiben, wo und wann wir zurückschlagen sollen. Die Regierung hat den Militärbehörden völlig freie Hand gegeben für den Gebrauch ihrer Luftstreitkräfte, um den militärischen Erfolg so gut als möglich sicher zu stellen. Alles, was möglich ist, um unser Land vor Luftangriffen zu sichern, geschieht. — (Hierzu sei zunächst nur festgestellt, daß der letzte große Luftangriff auf die offene Stadt Freiburg unter englischer Führung unternommen wurde. D. Schriftst.)

WB. Amsterdam, 28. Juni. In der weiteren Debatte über Vergeltungsmahregeln gegen Luftangriffe im englischen Oberhaus forderte Lord Strachie eine Organisation von

Luftfahrzeugen zum Schutze Londons. Lord Newton erklärte es für unmöglich, ausschließlich für die Stadt London ein Verteidigungssystem zu schaffen, da man ohnehin nicht alle Anforderungen an Flugzeugen an den Gefechtsfronten und bei der Landesverteidigung befriedigen könne. Wenn man eine weitere Anzahl von Flugzeugen lediglich zum Schutze von London bestimme, so würde die Folge eine Schwächung des Luftdienstes an der Front sein.

Ein „Erfolg“ von Stockholm.

(Köln, 27. Juni. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Stockholm: Nach der Auffassung des Petersburger Gesandten, „Notoje Bronja“ ist die Stockholmer Konferenz lediglich ein Verzweifelungsakt der deutschen patriotischen Sozialdemokratie, Deutschland in der Stunde der äußersten Gefahr noch zu retten. Die Konferenz sei zu dem Zwecke erfunden, Rußland aus der Reihe der Feinde Deutschlands auszuschneiden, da man wisse, daß die deutschen Truppen die im Feindesland besetzten Gebiete nicht halten könnten. Ein Stoß von russischer Seite würde genügen, um die deutsche Front vom russischen Boden bis tief nach Deutschland hinein durchzubrechen. Um dem zuvorzukommen, veranstaltete die deutsche Regierung die halbamtliche Konferenz in Stockholm.

Diese Meldung der „Köln. Ztg.“ sagt uns nichts Neues. Wir haben von Anfang an betont, daß diese Komödie von Stockholm, die von den deutschen Sozialdemokraten mit so großem Lärm in Szene gesetzt wurde, uns mehr schaden als nützen werde. Sie ist in Rußland lediglich als ein offensichtliches Zeichen der Schwäche Deutschlands ausgelegt worden und die Agenten der Entente haben in Petersburg dafür gesorgt, daß diese Anschauung sich möglichst ausbreitet und befestigt.

Das dürfte also der einzige Erfolg der vielgerühmten Stockholmer Zusammenkunft sein. Denn tatsächlich ist bei dieser Konferenz, die der „Köln. Ztg.“ als ein Vorbote des allgemeinen Weltfriedens begrüßte, nichts erreicht worden. Deutschlands und Oesterreich-Ungarns Sozialdemokraten waren die einzigen, die aus kriegerischen Ländern erschienen waren. Den englischen, französischen und italienischen Sozialdemokraten verweigerten deren Regierungen rundweg die Pässe und von den russischen Sozialdemokraten hat man bis jetzt nur erfahren, daß ihre Ankunft angekündigt sei. Mittlerweile ist aber Scheidemann bereits wieder stark beschimpft mit seinen Begleitern heimgekehrt und so schrumpft das ganze Stockholmer Ergebnis darauf zusammen, daß die deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialdemokraten in der Hauptstadt Schwedens von dem ganz im Geheimen England schwimmenden Führer der schwedischen Genossen, Herrn Branting, lächlich ausgehört wurden, während sie gar keine Gelegenheit fanden mit den Genossen anderer kriegführender Staaten in Fühlung zu treten. Welcher Zweck dieses Anstehens durch Branting überhört hatte, wurde in einem sozialdemokratischen Berichte aus Berlin mit dankenswerter

Dann machte er kehrt und eilte spornstreichs in das Kontor. Kunstmännchen mußte unverzüglich in die Königstraße, wo Henriette Sante die kleine, möblierte Wohnung gemietet hatte.

Diesmal war der köhnländische Stief mit einem kostbaren Drüdenstrauß bewaffnet, und siehe da, er kehrte ohne die Blumen zu seinem Auftraggeber zurück und bestellte wortgetreu: „Fraulein Sante liebe bestens danken und es ginge ihr schon besser.“

Garald ahnte nicht, daß Schimmelsbeck der gute Geist gewesen war, der dem Boten die Drüdenstrauß abgenommen und ihm den Bescheid aufgetragen hatte.

Als Gerrika an diesem Abend am Teetisch erschien, in einem weichen, hellen Schlafrock gehüllt, da leuchtete ihr die Drüdenstrauß inmitten der Schüssel mit kaltem Aufschnitt entgegen.

„Es hat wirklich keinen Zweck, gegen den netten, jungen Menschen auf die Dauer so unartig zu sein, mein liebes Herz“, sagte die alte Frau. „Hier stehen die Strodtmannschen Blumen nun einmal — wenn du magst, Gerrika, so wirf sie in die Kiste; oder aus dem Fenster, es wäre aber schade um die herrlichen teuren Blüten. Was quälst du den armen Menschen — er verachtet sich in Sorge um deinetwegen, wo er doch auf dem Theaterzettel gelesen hat, daß du krank bist. Hör' ihn doch bloß einmal an, und wenn er dich lieb hat, und es eh'lich damit meint, und wenn du ihn magst...“

„Ich bin eine Operettenfängerin“, unterdrück Gerrika voller Bitterkeit den Redefluß der anderen.

„Bisher warst du doch so zufrieden mit deinem Beruf und so stolz darauf, unabhängig zu sein. Hättest du lieber bei den Grönings bleiben wollen — wärst du lieber Gans Grönings Frau geworden — so ganz ohne Liebe? Du hast mir doch wiederholt gesagt, daß dir davor gegraut hat...“

„Gans Grönings Frau — nein — nein, lieber wäre ich in die Chöre gegangen, wenn ich keinen anderen Ausweg gefunden hätte.“

„Nun also, mein Herzblatt. Was ist denn groß dabei, wenn ein Baron Strodtmann, ein Millionär, eine vom Theater Verlatet? Das haben vor ihm schon hundsviel habe Fürstlichkeiten getan. Du bist eine Künstlerin von Gottes Gnaden, und ein Mädchen von tadelloser Familie. Ja — und nun nimm eine heiße Tasse Tee, morgen wird sich der Theaterarzt melden lassen, der soll dir etwas für deine angegriffenen Nerven verschreiben.“

(Fortsetzung folgt.)

ist's, als ob mir durch diesen Menschen nur Unheil kommen müßte.“

„Das sind lauter Hirngespinnste.“

„Nein, nein, Fred Delarue war mir immer feindselig gesinnt, das habe ich mir zu deutlich geföhlt. Er hemittelte keinen Freund, konnte es nicht verstehen, daß dieser sich meiner angenommen hatte, mich heiraten wollte. Er schämte sich auf dem Dampfer meiner. Ich war armwielig gekleidet und hatte schlechte Manieren. Am liebsten hätte er mich damals im Zwischendeck verstaubt. Es war ihm eine Lieberwindung, sich an meiner Seite zu zeigen. Wenn er es wüßte, daß sein Bruder mich nun schon wochenlang mit seinem Verben verfolgt, wenn er wüßte, daß Gerriette Sante Gerrika dy Santos ist... Gerriette Sante wäre ihm lieber als Gerrika dy Santos, die Großtochter des spanischen Abenteurers, dessen Vorfahren Granden gewesen waren. Ich sehe noch so deutlich sein mokantes Lächeln, als Hans Grönning ihm von dieser meiner Abstammung in meiner Gegenwart erzählte. Er glaubte es natürlich nicht, daß wir einem uralten spanischen Adelsgeschlecht entstammen.“

„Gerrika“ sagte Frau Amalie Schimmelsbeck, „deine ganze Aufregung kommt daher, weil du fürchtest, Herr Delarue könnte sich treuend zwischen dich und seinen Stiefbruder stellen. Aber du hast ja bisher jede Annäherung des jungen Barons schroff abgewie'n, obgleich er dir geföhlt. Wenn er es aber, woran ich nicht zweifle, ernst meint... Wenn er dich wirklich lieb hat, so wird er dich auch gegen den Willen seines Bruders zur Baronin Strodtmann machen.“

Gerrika verbaro ihr vom Weinen rotes Gesicht in die feidenen Rippen der Chaiselongue.

Sie lag wieder regungslos da... Minuten verrannen... Zeise erhob sich die alte Frau und schlich unhörbar aus dem Gemach... Sie schlüft, dachte sie zufrieden, sie wird nach dem Erwachen ruhiger werden, sie hat ihren Nerven in der letzten Zeit zu viel zugemutet.“

Vor Gerrikas Chaiselongue, den Kopf auf den Vorderpfoten, lag wie ein treuer Wächter ihres Schlummers Reuzis, der weiße Hund.

Auf dem Bettel, — der im vergitterten Kasten vor dem Theater aufgehängt war, stand: „Wegen Erkrankung des Fräuleins Gerriette Sante veränderter Spielplan.“

Garald Strodtmann, der seinen Bruder zur Bahn gebracht hatte, las die Ankündigung wohl fünfmal hintereinander.

Offenheit herausgesagt. Pranting habe, so hieß es in diesem Bericht, das, was ihm die Vertreter der österreichisch-ungarischen und deutschen Sozialdemokraten tagüber auf seine Fragen antworteten, am selben Tage noch den englischen und französischen Gesandten zugetragen. Also ein Ausheben unserer Sozialdemokraten zu dem Zweck, daß unsere Feinde genauestens wissen, wie unsere Genossen nicht bloß über den Krieg, sondern auch über unsere politische Lage denken und was sie über unsere Verhältnisse zu erzählen wissen, war Hauptaufgabe des Herrn Pranting, dazu war er von den feindlichen Staaten gedrungen, denn so ganz uninteressant wird er die tägliche Berichterstattung an England und Frankreich kaum beifallen haben. Der jüdische Genosse hat ja auch eine sehr zweifelhafte Rolle in dem Falle Hoffmann-Grimm gespielt.

Der Fall Hoffmann vor dem Schweizer Nationalrat.

Basel, 28. Juni. Vor überfüllten Tribünen begann gestern der Nationalrat die Verhandlung über den sechsten und siebten Neutralitätsbericht des Bundesrates, aus welchem Anlaß der Fall Grimm-Hoffmann zur Sprache kam. Nationalrat Präsident Wähler eröffnete die Verhandlungen mit einer Ansprache, in der er feststellte, daß die Angelegenheit Hoffmann in denkbar kürzester Frist von der Schweiz erledigt wurde und daß frei von fremdem Druck alles geschehen sei, was die Neutralitätspflicht von der Schweiz fordert.

Der Präsident des Neutralitätsausschusses, Spahn-Schaffhausen, erläuterte Bericht über die politischen Angelegenheiten, vorerst über die bekannten Verhandlungen mit Deutschland und mit den Verbänden, über die Verlegung der Schweiz mit Rohstoffen und Lebensmitteln. Er erklärte, obwohl die beiderseitigen Abkommen mit Deutschland und mit den Verbänden eine schwere, wirtschaftliche Einschränkung der Schweiz bedeuteten, müssen sie mit Rücksicht auf die Weltlage als befriedigend angesehen werden. Der Redner sprach sodann über das Verhältnis Amerikas zur Schweiz und stellte fest, daß jetzt und in Zukunft eine Verständigung mit Amerika und damit eine Sicherstellung des Bundes mit den nötigen Lebensmitteln erzielt werden könne. Er kam sodann auf die Angelegenheit Hoffmann zu sprechen und gab eine Darstellung des gesamten Sachverhalts zwischen Grimm und Hoffmann. Die Kommission stellt mit Genugtuung und Freude fest, daß der Zwischenfall ohne jede Einmischung des Auslandes erledigt und bis zur Stunde nicht der leiseste Versuch einer Einmischung gemacht worden sei. Eine nachträgliche Einmischung müßte die Schweiz nicht als bestmöglich verhalten. (Beifall.) Der Redner erörterte den Inhalt der Depesche Hoffmanns, die angeblich eine Unfreundlichkeit gegen die Entente bedeuten solle. Aus dem Wortlaut der Depesche gehe denn auch mit aller Deutlichkeit hervor, daß er gar nicht an einen Sonderfrieden, sondern nur an einen allgemeinen Frieden dachte. Sein einziger Wunsch war, zum allgemeinen Frieden so viel wie möglich beizutragen. Eine unfreundliche Handlung gegen die Entente liege somit auf keinen Fall vor und Hoffmann habe gewiß nicht im entferntesten daran gedacht, daß sein Schritt als eine solche unfreundliche Handlung angesehen werden könnte. Mit aller Entschiedenheit müßte er den Vorwurf zurückweisen, Hoffmann habe als deutscher Agent gehandelt. Hoffmann war einzig geleitet von dem Wunsch, um die Zukunft des Vaterlandes, Hoffmann habe durch seinen Mißtritt den Fehler begißen, daß einmal sein Herz über seinen Kopf Meister geworden ist. Unter Hinweis auf den Fall Ritter habe man in einem Teile des Auslandes und des Inlandes ein System feststellen wollen. Die Kommission könne auf Grund ihrer Kenntnis des Sachverhalts sagen, daß Hoffmann im Falle Ritter sich darauf beschränkt habe, die aus Washington kommenden Mitteilungen und umgekehrt die aus Berlin kommenden zu vermitteln. (Lobhafter Beifall.)

Basel, 28. Juni. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung leitete der Nationalrat die Debatte über die Angelegenheit Grimm-Hoffmann fort.

Daucomont-Stura stellte den Antrag, die parlamentarische Untersuchung auch auf die Rolle Grimms auszuweiten, der in Petersburg das schweizerische Parlament bloßgestellt habe.

Wassermann richtete heftige Angriffe gegen die Neutralitätspolitik des Bundesrates, die von jeher einseitig deutsch orientiert gewesen sei.

Seine-Neuenburg kritisierte scharf das Verhalten Hoffmanns, wie dasjenige Grimms, die beide der Sache des Friedens geschadet hätten.

Griechenland im Joche der Entente.

Berlin, 27. Juni. Der britische Funkdienst Cornabon meldet vom 26. Juni 2 Uhr vormittags aus Griechenland: Die Alliierten vollzogen die Besetzung in einer Zeit, in der sie die Getreideernte, die jetzt eingebracht ist, kontrollieren können. Ein Teil davon wird dem Heere der Alliierten überwiesen werden und der andere Teil zum Bedarf der Bevölkerung verwendet werden. Nachdem die Ernte nicht im entferntesten für den Bedarf des eigenen Landes ausreicht und bereits im Frieden Getreide der Hauptnahrungsmittel war, bedeutet dies nicht weniger als die frasse Verurteilung des unglücklichen Landes zum Hungertode.

Berlin, 28. Juni. Die Brüder des Königs Konstantin haben Griechenland verlassen. — Sonntag hält angeblich die Zustände auf dem Peloponnes für beunruhigend und denkt an eine Blockade der Galbinsel. — Am Sonntag Abend sollen in Athen die Reservisten unter dem Aufschrei „Es lebe Deutschland!“, „Hoch Madensel!“, mit dem Bilde des Königs Konstantin durch die Straßen Athens gezogen sein.

Berlin, 27. Juni. Wie laut „Berl. Tagebl.“ dem „Temps“ aus Athen gemeldet wird, wird sich Prinz Christoph, von dem es im Anfang hieß, daß er in Athen bleibe, nach England begeben, um sich mit einer Amerikanerin zu verheiraten.

Basel, 28. Juni. Die französische Presse bestätigt den Einzug der Franzosen in Larissa.

Basel, 27. Juni. Die französische Presse bestätigt den Einzug der Franzosen in Larissa. In Larissa wurde der thessalische Abgeordnete Schliemann, bekannt als Gegner von Venizelos und der Entente, verhaftet.

Der geprellte Essad. Basal, 28. Juni. (Nicht amtlich.) Einer Meldung des „Secolo“ aus Salonik zufolge hat Essad Toptani an die Ententeregierungen eine Protestnote gegen die italienische Proklamation der albanischen Unabhängigkeit gerichtet. — (Der frühere Essad Pascha wollte doch nicht Fürst von Albanien werden.)

Zur Lage in Rußland.

Berlin, 27. Juni. Die „Wiener Rundschau“ meldet, laut „A. A.“, aus Genf: Nach dem „Temps“ erregte die Aufforderung Rodziankos an alle Dumamitglieder, Petersburg nicht zu verlassen, da große Ereignisse bevorstehen, großes Aufsehen.

Rotterdam, 27. Juni. Die Anarchisten in Petersburg zeigen eine stetig wachsende Tätigkeit. Die zahlreichen Bombenattentate, die immer wiederkehrenden Explosionen in den Munitionsfabriken sind, wie sich leicht feststellen ließ, auf anarchistische Untriebe zurückzuführen und nach den letzten Meldungen aus Petersburg findet eine offene Verbrüderung mit den Volkswritten statt, die die Lage geradezu unheilbar macht.

„Krieg oder Frieden?“ Berlin, 27. Juni. „Secolo“ meldet aus Petersburg, wie die „A. A.“ aus Genf berichtet, daß die Hauptabsicht in der allrussischen Arbeiterkonferenz über die Frage: Krieg oder Frieden? am 8. Juli stattfindet.

Große Kundgebung der russischen Revolution.

Petersburg, 27. Juni. Meldung der Petersburger Telegraphenagentur. Der Kongreß der Soldaten- und Arbeitervertreter ganz Rußlands beschloß auf seiner Sitzung am 25. Juni, im Juli auf den Gräbern der Opfer der Revolution Kränze niederzuliegen und aus diesem Anlaß eine große Kundgebung zu veranstalten, zu der alle revolutionären Parteien und organisierten Genossenschaften der Fabrik- und Werkstättenarbeiter, sowie Militärabteilungen unter Waffen eingeladen werden sollen. Der Kongreß beschloß, an demselben Tage Kundgebungen in den wichtigsten Städten Rußlands, wie Moskau, Kiew, Cherson zu veranstalten, die die Kraft, die Einigkeit und die Manneskraft der revolutionären Demokratie zeigen sollen.

Glaubensfreiheit.

Petersburg, 28. Juni. Der Minister des Innern hat der vorläufigen Regierung den Gesetzesentwurf über die Glaubensfreiheit zur Annahme vorgelegt. Der Glaubenswechsel findet durch mündliche Erklärungen vor den betr. Geistlichen oder religiösen Gemeindeführern statt. Der Glaube der Unmündigen bis zu 9 Jahren wird von den Eltern bestimmt.

Die Unabhängigkeitsbewegung in der Ukraine.

Amsterdam, 27. Juni. Am 20. d. hielten, einer „Times“-Meldung zufolge, die Ukrainer einen Militärkongreß in Kiew ab, der von etwa 2000 Abgeordneten besucht war. Der Kongreß lehnte die Geltung Krenskis ab, der die Zusammenkunft hatte verhindern wollen und beschloß selbstständig vorzugehen. Auf dem Kongreß wurde die Anschauung vertreten, daß die Ukraine volle Autonomie haben müsse, und daß die Weigerung der Regierung, die Autonomie zu gewähren, als eine feindselige Haltung angesehen werden müsse.

Die Meuterei in der baltischen Flotte.

Berlin, 27. Juni. Erst jetzt werden einer Meldung des „A. A.“ aus Valmo zufolge die Einzelheiten bekannt, die zum Mißtritt des Oberbefehlshabers der baltischen Flotte, des Admirals Illiumow, geführt haben. Nachdem die provisorische Regierung erklärt hatte, gegen das rebellische Kronstadt Gewaltmaßnahmen anzuwenden, erhielt der Oberbefehlshaber des baltischen Geschwaders Befehl, mit Teilen des Geschwaders Kronstadt demonstriert anzugreifen und die Uebergabe zu erzwingen. Als der Befehl unter den Mannschaften bekannt wurde, brach eine schwere Revolte unter ihnen aus. Sämtliche Offiziere des Panzerschiffes „Gonaguth“ wurden von den empörten Matrosen über Bord geworfen. Hierbei fanden 26 den Tod. Auch auf dem Kriegsschiff „Hoffa“ brach eine Meuterei aus, die 7 Offiziere das Leben kostete. Die anderen Offiziere wurden gefangen gesetzt. Auf dem Panzerschiff „Republika“ entstand aus unbekanntem Ursachen eine schwere Kesselexplosion, die etwa 80 Mannschaften das Leben kostete. Das Kriegsschiff mußte nach dem Hafen von Reval geschleppt werden. Mit Ausnahme der in Riga stationierten Seestreitkräfte hat sich die Besatzung sämtlicher Kriegsschiffe des baltischen Geschwaders für die Kronstadt-Richtung ausgesprochen.

Berlin, 28. Juni. Nach Meldung der „Voss. Ztg.“ hat sich das gesamte Linienflottengeschwader der Ganges-Klasse, aus den vier neuesten und größten Kriegsschiffen der russischen Ostseeflotte bestehend, gegen die einseitige russische Regierung in Petersburg erklärt.

Eine Entscheidung des Arbeiter- und Soldatenrates.

Petersburg, 27. Juni. (Pet. Tel.-Ag.) In der Sitzung des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte von ganz Rußland vom 25. Juni wurde mit erdrückender Mehrheit eine Entscheidung über die Ereignisse vom 22. und 23. Juni angenommen. Der erste Teil dieser Entscheidung erinnert daran, daß die erwähnten Ereignisse durch wirtschaftliche Fragen, die wirtschaftliche Unordnung und die Lebensmittelmangel, umstände, die durch den Weltkrieg verursacht sind, hervorgerufen wurden. Die Volkstriebe, die sich nicht Redenshaft darüber ablegen, daß die Krise auch durch die lakräftigsten Maßnahmen nicht auf der Stelle behoben werden kann, bringen ihre schwere Unzufriedenheit zum Ausdruck, was von den reaktionären Kräften ausgenutzt wird. Das macht die völlige Uebereinstimmung der Handlungen der verschiedenen Elemente der revolutionären Demokratie unbedingt notwendig.

Der zweite Teil der Entscheidung tadelt den Entschluß, in Petersburg eine Kundgebung zu veranstalten, ohne Vorwissen des Arbeiter- und Soldatenrates und ohne Maßnahmen zu treffen, daß die Kundgebung ohne Waffen vor sich gehe und nicht zu Zusammenstößen und Blutvergießen führe, die verhängnisvoll für die Revolution sind.

Der dritte Teil der Entscheidung enthält folgende Entscheidung:

1. Die Parteigruppen, die zu den Arbeiter- und Soldatenräten gehören, haben nicht das Recht, Kundgebungen gegen den ausdrücklichen Willen dieser Arbeiter- und Soldatenräte ins Werk zu setzen.
2. Friedliche Kundgebungen ohne Waffen können von diesen Gruppen und Parteien mit Wissen des Arbeiter- und Soldatenrates veranstaltet werden.
3. Alle bewaffneten Kundgebungen einschließlich Kundgebungen unter Teilnahme von Bewaffneten können nur mit Zustimmung der Arbeiter- und Soldatenräte als einzige Organe, die den Willen der revolutionären Demokratie verkörpern, veranstaltet werden. Die Arbeiter, Soldaten und Bauern werden aufgefordert, sich diesen Entscheidungen zu unterwerfen, und auf keine sonstige Aufforderung einzugehen, von welcher Seite sie auch kommen möge. Alle Uebertretungen dieser Entscheidungen drohen den Bürgerkrieg herbeizuführen.

Nach der Annahme dieser Entscheidung schlug der Einbringer vor, einen Ausschuß einzusetzen zur Untersuchung der Umstände, unter denen die vorerwähnten Kundgebungen vorbereitet wurden und über die Teilnahme der reaktionären Elemente an dieser Kundgebung.

Petersburg, 28. Juni. (Pet. Tel.-Ag.) Der Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte ganz Rußlands hat sich mit überwiegender Mehrheit für eine von den revolutionären und minimalistischen Sozialisten vorgeschlagene Entschließung ausgesprochen, in der die Ansicht zum Ausdruck gebracht wird, daß der Kampf für schnellste Beendigung des Krieges die wichtigste Aufgabe der revolutionären Demokratie darstelle, daß die Beendigung des Krieges durch die Niederlage einer der kämpfenden Parteien und der Abschluß eines Sonderfriedens oder eines Sonderwaffenstillstandes zurückzuweisen ist. Der Kongreß hält es für unerlässlich, daß die revolutionäre russische Demokratie einen Aufruf an die Demokratie aller Völker, damit diese den Wahrspruch „Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ annehmen, daß sie zu allen Maßnahmen zur schnellsten Wiederherstellung der revolutionären Internationalen und zur Einberufung eines internationalen Sozialistenkongresses, zur Ausarbeitung einiglicher Friedensbedingungen beitragen und die Demokratie aller kämpfenden Länder auf den Mangel an Entschlossenheit in ihrem Eintritte gegen die letzten Erklärungen ihrer Regierungen über die usurpatorischen Kriegsziele hinweise. Er hält es für unerlässlich, sofort Anordnungen in die alliierten und neutralen Länder zu schicken und Anordnungen aller sozialistischen Parteien dieser Länder nach Rußland einzuladen. Er erhebt bestimmte Einprüche gegen die Schwierigkeiten, die imperialistischen Regierungen der Entente solcher Anordnungen entgegenstellen haben. Der Kongreß bezeichnet es als unerlässlich, daß die Regierung baldmöglichst alle in ihrer Macht liegenden Maßnahmen ergreife, um die alliierten Mächte für dieses Programm zu gewinnen, und um die Nachprüfung der Verträge mit den Alliierten und den ausdrücklichen Verzicht auf jede usurpatorische Politik zu beschleunigen. Hierzu sei die schnellste Erneuerung des Personals des Ministeriums des Innern und des diplomatischen Korps notwendig. Der Kongreß spricht sich ausdrücklich für die Verstärkung der Kampfkraft der russischen Armee aus und ist der Ansicht, daß die Frage der Offensive ausschließlich vom Standpunkt rein militärischer und strategischer Erwägungen gelöst werden muß.

Englische Enttäuschung.

Berlin, 27. Juni. Daß die sonst so bündige Kriegszieleklärung des Verbandes vom Januar 1917 heute noch einer Neuformulierung bedürftig sei, folgert Winston Churchill in „Sunday Pictoria“ — Grund einiger Ursachen, denen man ohne Selbsttäuschung ins Gesicht sehen müsse. Die im Felde befindlichen deutschen Armeen sind gegenwärtig härter als je zuvor. An der Westfront sind sie kaum weniger zahlreich als unsere und die französischen zusammen. Die Revolution in Rußland hat vorläufig die deutschen Sorgen sehr beschwichtigt. Die wichtige französische Offensive, die General Nivelle so zuversichtlich im April in der Champagne begann, war, wie die französische Regierung den Mut hatte einzuräumen, eine Enttäuschung. Die amerikanischen Armeen können bis zum Sommer 1918 kein nachvollziehbarer Faktor auf den europäischen Schlachtfeldern werden und ohne das Eingreifen großer amerikanischer Armeen können wir nicht die zahlenmäßige Ueberlegenheit über den Feind erlangen, die vor dem Krieg für eine entscheidende erfolgreiche Offensive als unerlässlich galt.

Verschiedene Nachrichten.

Ueber 4500 Kilometer Frontlänge.

Genf, 27. Juni. Nach einer Mitteilung des Pressbüros des französischen Kriegsministeriums hat die gesamte Kriegsfront gegenwärtig eine Länge von 4540 Kilometern, die sich wie folgt verteilen: Belgien: 65 Kilometer, Frankreich: 790 Kilometer, Italien: 425 Kilometer, Rußland: 1700 Kilometer, Rumänien: 420 Kilometer, Serbien und Montenegro: 1000 Kilometer, Kappeln: 200 Kilometer.

Eine schwer verwundete Kämpferin von der Tiroler Front.

Wien, 28. Juni. Aus Meran wird gemeldet: Die 18jährige Viktoria Sabo aus Obermais bei Meran, welche seit 2 Jahren im vordersten Schützengraben an der Italienfront kämpft, ist in den Kämpfen der letzten Tage schwer verwundet worden. Sie wurde in einem Feldspital sofort operiert. Ihr Zustand hat sich aber soweit gebessert, daß sie außer Lebensgefahr ist.

Die englischen Sozialisten gehen nicht nach Stockholm.

London, 27. Juni. (Reuter.) „Daily Telegraph“ berichtet, daß der ausführende Ausschuß der englischen Sozialistenpartei die Einladung des Petersburger Vertreterauschusses der Arbeiter und Soldaten, sich an der Konferenz in Stockholm zu beteiligen, abgelehnt hat.

Aus dem Reich.

Die Einzahlungen auf die sechste Kriegsanleihe.

Auf die sechste Kriegsanleihe sind in der Zeit vom 15. bis 23. Juni 318,7 Mill. M. neu eingezahlt worden, so daß die gesamte Einzahlung bis zum dem genannten Tage 2 514,5 Mill. M., gleich 96,4 Prozent des bisher bekanntgewordenen Zeichnungsergebnisses von 2 978 910 700 M. beträgt. Pfllichtgemäß brachten bis zum 21. Juni nur 76 Prozent voll bezahlt zu sein. Die Darlehenskassen gewährten in der Berichtswochen für die Zwecke der Einzahlungen auf die sechste Kriegsanleihe Darlehen im Betrage von 66,1 Mill. M., wodurch die gesamten Darlehen für die sechste Kriegsanleihe auf 344,3 Mill. M., gleich 2,75 Prozent des vollbezahlten Anleiheenergebnisses gestiegen sind.

Die Welschfreiererei.

Ueber die von amtlicher Seite betriebene Papierverfälschung wird der „Deutschen Tageszeitung“ aus Kreisen der ländlichen Selbstverwaltung geschrieben, daß sämtliche Bureaus der Landratsämter, der Amtsvorsteher, der Gemeinde- und Ortsvorsteher mit Verfügungen, Druckfachen und Formularen in einer Weise überschwemmt wurden, daß die damit beglückten Personen gar nicht imstande seien, alle diese Dinge zu lesen. Es werde damit eine Papierverfälschung getrieben, die „an Unkenntnis gründe“. Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß alle Orts- und Gemeindevorsteher völlig überflüssiger Weise neugewordenen wurden, die Amts- und Reichsgesetzblätter zu halten; was die Ortsbehörde wissen müsse, stehe ohnehin im Kreisblatt.

Vorführen der Studierenden.

Um der Bevölkerung mit gutem Beispiel voranzugehen, haben in Würzburg, den „Reizpiger Neuesten Nachrichten“ zufolge, die Studierenden beschlossen, vom 28. Juni ab nur noch barfuß oder in Soljandalen in die Vorlesungen und auf die Straße zu gehen. Dadurch soll die Bevölkerung angehalten werden, sich über das Barfußgehen einen altübergebrachten Mode hinwegzusetzen und ihr Schuhwerk für den Winter aufzusparen. Die Leiter der Würzburger Mittelschulen, einiger höherer Mädchenschulen und anderer Unterrichtsanstalten haben

beraufhin den Schülern und Schülerinnen der oberen Klassen diesen Beschlus bekannt geben, um zu veranlassen, daß sie sich dem Vorbilde der Akademiker anschließen.

Die geplante Erhöhung der Eisenbahntarife. In der letzten Sitzung des preussischen Landeseisenbahnrats wurde die Vorlage der Regierung über die Erhöhung der Einheitszüge für die Personenbeförderung angenommen. Danach soll der Fahrpreis für das Kilometer in der 1. Klasse 9 3/4, in der 2. Klasse 5 7/8, in der 3. Klasse 3 7/8 und in der 4. Klasse 2 1/2 betragen; das bedeutet eine Erhöhung um 10 Prozent. Gleichzeitig wurde die Aufhebung einer größeren Zahl von Ausnahmetarifen (z. B. für Blei, Zink, Zucker, Holz, Glas, Sand usw.) beschlossen.

Aus dem Großherzogtum.

Amthliche Nachrichten.

Das Ministerium des Innern hat die Befehle des Amtmanns Karl Gerold in Freiburg zum Bezirksamt Heidelberg genehmigt und den Amtmann Karl Wajsa in Freiburg zum Bezirksamt Heidelberg bestellt.

Nastatt, 28. Juni. Der Polizei ist es gelungen, eine 6 1/2 pfundige Leibesprobe festzunehmen, welche in der letzten Zeit hier eine große Einbruchsreihe verübte. Den Dieben, die im Alter von 10 bis 19 Jahren seien, fielen bei ihren Diebstählen Getränke, Eisenwaren im Wert von mehreren hundert Mark in die Hände.

Freiburg, 28. Juni. Der Ordinarius für deutsches bürgerliches Recht und Rechtsgeschichte an der hiesigen Universität Geh. Hofrat Prof. Dr. Alfred Schulze hat den an ihm ergangenen Ruf an die Universität Leipzig angenommen.

Frühweizkohl-Sauerkraut.

Die Kriegsgesellschaft für Sauerkraut hat mit Genehmigung des Bevollmächtigten des Reichsfiskus bestimmt, daß Frühweizkohl auch in diesem Jahre zu Sauerkraut verarbeitet werden darf, da dieses Erzeugnis vielfach dem Frühweizkohl vorgezogen wird. Das Frühweizkohl-Sauerkraut kann bei seiner nur beschränkten Haltbarkeit nicht rationiert werden. Auch einen einheitlichen Höchstpreis dafür festzusetzen, ist nicht möglich, weil die Preise für den Frühweizkohl innerhalb des Deutschen Reiches sehr verschieden sind und mit dem Fortschreiten der Ernte ständig sinken. Nach einer im Reichsanzeiger veröffentlichten Bekanntmachung wird vielmehr der Preis, den die Hersteller beim Absatz von Sauerkraut höchstens in Anrechnung bringen dürfen, von der Kriegsgesellschaft für Sauerkraut stets für den Einzelfall unter Berücksichtigung der Verhältnisse nach den von dem Bevollmächtigten des Reichsfiskus gegebenen grundsätzlichen Anweisungen endgültig bestimmt werden. Damit eine wirksame Kontrolle stattfinden kann, dürfen die Hersteller das Kraut nur gegen einen von der Kriegsgesellschaft für Sauerkraut ausgefertigten Bezugsschein liefern. Die Fabriken werden außerdem von einem bei der Reichsstelle für Gemüße und Obst eingerichteten, mit sachmännlich vorgebildeten Kräften besetzten Revisionsbureau ständig überwacht werden. Bei dieser Bindung der Herstellerpreise werden die Groß- und Kleinhandelspreise sich im freien Verkehr in den angemessenen Grenzen halten. Denn es stehen gleichzeitig billige Frühgemüße in großem Umfang zur Verfügung, und andererseits muß das Kraut innerhalb kurzer Zeit abgesetzt werden.

Diese Regelung gilt nur für das vor dem 1. September 1917 eingeschittene Kraut und nur bis zum 15. September 1917. Von diesem Tage ab wird das gesamte Sauerkraut wie im vergangenen Winter und Frühjahr planmäßig an die Bundesstaaten verteilt werden, die ihrerseits die ihnen überwiegenen Mengen den Kommunalverbänden zur Abgabe an die Verbraucher zuweisen werden. Die Preise für das rationierte Sauerkraut werden noch festgesetzt werden.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, den 27. Juni 1917.

Aus dem Hofbericht. Der Großherzog empfing gestern vormittag den Staatsminister Dr. Freiherrn von Dusch und den Geheimrat Dr. Freiherrn von Babo zum Vortrag. Nachmittags 8 Uhr reiste die Königin von Schweden von hier ab. Der Großherzog und die Großherzogin Luise geleiteten Ihre Majestät zur Bahn. Später hörte der Großherzog die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyd und des Präsidenten Dr. von Engelberg.

An unsere Leser. Wie wir bereits im gestrigen Mittagsblatt mitgeteilt haben, hat sich der Verband badischer Zeitungsverleger, dem auch der Verlag unseres Blattes angeschlossen ist, durch die Zeitungsveränderungen um 15 % für den Monat eintreten zu lassen. Es erhebt sich wohl, den Zeitungslesern die Gründe des allgemeinen Anstieges der Zeitungen besonders auseinanderzusetzen. Fortgesetzte Steigerung aller Rohmaterialien, sowie die unvermeidliche Erhöhung der Löhne legen alle Zeitungen in die Zwangslage, einen Teil ihrer Mehrausgaben auf den Bezugspreis umzulegen, wenn sie den Betrieb nicht einstellen wollen. Der Aufschlagpreis ist sehr gering und steht in gar keinem Verhältnis zu den Verteuerungen, die alle anderen Bedürfnisse unserer täglichen Lebens, denen die Tageszeitung heute mehr denn je zuzugewählt ist, erfahren haben. Er steht aber auch in gar keinem Verhältnis zu den Opfern, die die Zeitungen seit Kriegsbeginn schon gebracht haben und noch weiter bringen müssen. Wenige Betriebe in Deutschland haben unter dem Krieg so schwer gelitten, wie gerade die Zeitungsbetriebe. Darum sollten auch alle Leser ihren Zeitungen helfen, den schweren wirtschaftlichen Kampf durchzuführen. Es darf in diesem Zusammenhang auch daran erinnert werden, welcher großen und besonderen Aufgabe die deutsche Presse gerade in dieser Zeit zu dienen hat. Auch hierin darf sie wohl auf die verständnisvolle Unterstützung und Förderung ihrer Leser rechnen. Also, haltet eurer Zeitung die Treue!

Beflagnung von Kunstraub. Am 20. Juni ist eine Beflagnung veröffentlicht worden, durch welche alle Vorräte an Kunstraub (M n O) im Reichsbunde, aufbereitet, in Mischungen und Stoffarbeiten, sowie Kunstraub und Kunstraub in Fertigfabrikaten, die Aufbereitung, Verarbeitung oder Veräußerung der Beflagnung Gegenstände ist nur noch auf Grund einer besonderen Erlaubnis des Reichs-Ministeriums der Königlich Preussischen Kriegsministeriums gestattet. Gleichzeitig sind die am 20. Juni vorhandenen Vorräte an beflagnetem Kunstraub und Kunstraub, sofern sie je 50 kg übersteigen, bis zum 30. Juni an den Kommissar des Königlich Preussischen Kriegsministeriums bei der Eisenwerke in Berlin auf den dort angeforderten amtlichen Meldebogen zu melden. Ueber die meldepflichtigen Bestände ist ein Lagerbuch zu führen. Alle Einzelheiten ergeben sich aus dem Wortlaut der Beflagnung, deren Veröffentlichung in der üblichen Weise durch Anschlag und Absatz in den amtlichen Tageszeitungen erfolgt. Außerdem kann der Wortlaut bei den Bürgermeistern und Polizeibehörden eingesehen werden.

Stenographisches. Es wird uns geschrieben: Der allgemeine Ruf nach Stenographie kann in unserer Zeit, in der mehr als je das Schnellwort gilt, "Zeit ist Geld", nicht mehr abgegriffen werden. Die Militärs, Staats- und Gemeindefunktionen, die Kaufmannschaft usw. haben sich die Stenographie nutzbar gemacht. Wer heute der Erlernung

der Stenographie aus dem Wege geht, verläßt sich einer außerordentlichen Waise im Kampfe ums Dasein. Ein Bild in die Tageszeitungen müßte überzeugen, daß bei allen besseren Stellen die Kenntnis der Stenographie verlangt wird. Die Stenographie bietet insbesondere auch der Frauenwelt einen ebenso passenden wie lohnenden Beruf. Gelegenheit zur Erlernung der Stenographie ist durch den Stenographenverein Gabelberger gegeben, welcher wieder einen Anfängerkurs eröffnet. Wir verweisen auf das Inserat in diesem Blatte.

Letzte Drahtberichte.

Berlin, 28. Juni. Der türkische Innenminister Schükrü Bey traf gestern abend von Leipzig kommend, begleitet von seinem deutschen Beirat, dem Geh. Regierungsrat Dr. Schmidt, in Berlin auf dem Anhalter Bahnhof ein, wo er von General des Auswärtigen Amtes empfangen und nach dem Hotel Adlon geleitet wurde. Er verweilt einige Zeit in Berlin zu bleiben.

Stockholm, 27. Juni. Laut „Sozialdemokraten“ ist der belgische Minister Vandervelde gestern durch Saratoga aus Rußland zurückgekehrt.

Besuch des österreichischen Kaiserpaars in München.

Berlin, 28. Juni. Aus München wird dem „Berl. Tagbl.“ gemeldet: Ein Besuch des österreichischen Kaiserpaars in München steht in den nächsten Tagen bevor. Daß dieser Besuch nicht nur höflichen, sondern auch politischen Charakter hat, geht daraus hervor, daß sich der Minister des Auswärtigen, Graf Czernin, im Gefolge des Kaisers befinden wird.

Die Elfa-Lothringer in Frankreich.

Bern, 28. Juni. Dem „Temps“ zufolge brachte der Abg. Lagare-Meile in der Kammer eine Entschließung ein, die die Regierung aufzufordern, die in Frankreich gebliebenen und nach dort zurückgekehrten Elfa-Lothringer vor weiterer Verabreichung und diejenigen mit deutschen Namen vor Beschlagnahme zu bewahren, um den in Elfa-Lothringen Verbliebenen das Vertrauen in die Zukunft zu erhalten.

Beladung im Parlament.

Wien, 28. Juni. Der „Korrespondenz-Bezirk“ zufolge sandte der Abgeordnete Dr. Rorke dem Abgeordneten Dr. Raunhar zwei Abgeordnete als Beugen, um Genugtuung zu verlangen für die von diesen gemachten Äußerungen in seiner Rede vom 14. Juni, daß Rorke sich zu einer erniedrigenden Denunziation herbeigelassen habe.

Austausch von Kriegsgefangenen.

Konstanz, 18. Juni. Der Termin für den Wiederbeginn des Austausches von Internierten zwischen den deutschen Schwerverwundeten und Kriegsgefangenen aus Frankreich und der Schweiz ist nun endgültig auf den 1. Juli festgesetzt worden. In diesem Zuge wird hier als erster Zug ein solcher mit Schwerverwundeten eintreffen.

Der österreichische Ministerpräsident über die Friedensfrage.

Wien, 27. Juni. In der Verhandlung über die Anfragen der Abgeordneten Daszynski, Dr. Stojan und Gruben an die Regierung über die Vorbereitungen für eventuelle Friedensverhandlungen, wobei der Ministerpräsident Miller v. Seidler antwortete, die während der Debatte gemachten Äußerungen zurück, die von dem Standpunkte der Hochhaltung des Bündnisses mit dem Deutschen Reich als tiefstehend empfunden werden müßten. (Zustimmung und Beifall.) Bezüglich der zur Verhandlung stehenden Anfragen erklärte der Ministerpräsident nach einer Rücksprache mit dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten: Die Annahme des Antrages Daszynski, als ob die österreichisch-ungarische Regierung das Selbstbestimmungsrecht der Nationen als die Grundlage für einen dauerhaften Frieden anerkannt hätte, ist irrtümlich. Die österreichisch-ungarische Regierung steht auf der Grundlage des Staatsgrundgesetzes, wonach es dem Kaiser vorbehalten ist, Frieden zu schließen, somit dem Monarchen die Wahrung der Interessen und Bedürfnisse der Völker Österreichs in jenen entscheidenden Augenblicken anvertraut erscheint. Unter dieser ausdrücklichen Bewahrung der Souveränität der Krone ist die österreichisch-ungarische Regierung jederzeit bereit, im Einvernehmen mit den Bundesgenossen auf der Basis eines ehrenvollen Friedens mit dem Feinde in Verhandlungen zu treten. Es liegt jedoch entschieden jede andere Grundlage für die Friedensverhandlungen ab. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten brachte unsere Bereitwilligkeit zu einem ehrenvollen Friedensschluß, welcher die Garantien einer freien und gesicherten Entwicklung der Monarchie enthält, offen zum Ausdruck. Hierbei kann auch bei unseren Feinden kein Zweifel herrschen. Solange unsere Feinde diesen Standpunkt der österreichisch-ungarischen Regierung und unserer Verbündeten nicht annehmen, werden wir weiter kämpfen in dem festen Vertrauen, daß die heldenmütigen Leistungen unserer Armeen, verbunden mit der außerordentlichen Tätigkeit des Winterlandes, mit Tag bringen werden, an welchem dem Völker der Monarchie der Lohn ihres Ausdauerens durch einen ehrenvollen Frieden gesichert wird. (Beifall.) Die von wahrer Menschlichkeit getragenen Absichten, welche aus den vorliegenden Anfragen sprechen und die volle Würdigung der österreichischen und der ungarischen Regierung erfahren, dürfen wohl als ein Beweis dafür angesehen werden, daß die auf die Herbeiführung eines ehrenvollen Friedens gerichtete Politik der Mittelmächte in der Auffassung des Hauses und in dem Willen der österreichischen Völker eine feste Grundlage findet. (Beifall.) — Siczak wurde über die Anfragen die Debatte eröffnet.

Aus dem österreichischen Abgeordnetenhaus.

Wien, 27. Juni. Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Geheim Sitzung den Vorschlag des Präsidenten, die Anfragen mehrerer Abgeordneter an die Regierung betr. die Vorbereitungen für event. Friedensverhandlungen heute nach Erledigung der Tagesordnung zu verhandeln, und sodann das Budgetprovisorium in dritter Lesung angenommen.

Wilson's Ausfuhrverbot gegen die Neutralen.

Hong, 27. Juni. („Frank. Stg.“) Präsident Wilson letzte kraft der ihm erteilten Vollmachten ein Ausfuhrverbot auf Lebensmittel für neutrale Länder vor. Die Neutralen können auch weiterhin Lebensmittel aus Amerika beziehen, die Mengen jedoch werden stark eingeschränkt werden, und es müssen Garantien gegeben werden, daß die Vorräte nicht durch die neutralen Länder nach Deutschland gebracht werden.

Die Geheimisungen in der italienischen Kammer.

Bern, 27. Juni. Wie der „Popolo d'Italia“ mitteilt, beabsichtigt die italienische Kammer, heute vormittag eine öffentliche Sitzung abzuhalten und den vorläufigen Staatshaushalt zunächst für einen Monat zu genehmigen. Alsdann soll die geheime Tagung wieder aufgenommen werden.

Berunglückte Schiffe.

London, 28. Juni. (Reuter.) Der Dampfer „Wongolia“ (9505 B. N. L.) der Peninsular and Oriental Line ist in der Nähe von Bombay auf eine Mine gelaufen und untergegangen. Boote mit einer Anzahl von Fahrgästen und Leuten der Besatzung sind gelaufen. Die Post ist verloren.

Rotterdam, 27. Juni. Der „Maasbode“ meldet aus Madrid vom 24. Juni, daß die englischen Dampfer „Baymanter“ (Raymanter?) und „William“ bei Malaga und Alicante gestrandet sind.

Die amerikanische Armee.

London, 28. Juni. (Reuter.) Die „Morningpost“ erfährt aus Washington, daß die reguläre amerikanische Armee jetzt 250 000 Mann zähle. Die Miliz zähle jetzt 260 000 Mann, das Marinekorps 30 000 Mann, die Marine 120 000 Mann, außerdem werden 40 000 Mann zu Offizieren ausgebildet und 11 Eisenbahnregimenter aufgestellt, was eine Gesamtzahl von 712 000 gegenüber 327 000 am 6. April ergibt.

Kleine Mitteilungen.

Eine eigenartige Krankheit.

Nalen, 27. Juni. Unter den Mädchen der hiesigen Stadt herrscht gegenwärtig eine sogenannte Furch-Epidemie, wie sie bei Mädchen nicht selten vorkommt. Ueberall bemerken sie „Stuttig, K. Egl.“, Männer mit beabsichtigten Gattlichkeitsverbrechen, mit Giftbonbons, Männern, die die Stadt angünden wollen, die fesseln und dergleichen. Bald sehen sie sie einzeln, bald in Gruppen bis zu sieben, bald auf der Straße, bald in den Anlagen außerhalb und in der Mitte der Stadt, bald sind es Franzosen und Russen, bald „von uns“, kurz, das Gerücht und die Phantasie geht ins Uferlose, erneuert sich alle Tage und findet immer neuen Stoff und neue Anhaltspunkte. Jureden der Eltern und Lehrer fruchtet bis jetzt wenig. Bei den älteren Mädchen tritt die Epidemie früher auf als bei den jüngeren.

160 000 Mark verrentet.

Aus Großmannsstadt ist der 30 Jahre alte Zeichner und Kaufmann Erich Borchardt aus Berlin zum Verbrechen geworden. Borchardt verheiratet, obwohl er verheiratet ist, unter dem Namen Dr. Edwin Baron oft in Lokalen der Leibeslust und gab dort viel Geld aus. Auch die Kunst nahm er in seinen Schatz; so ließ er einen jungen Künstler der sich in bedrängter Lage befand, auf seine Kosten ausbilden. Zu diesem Leben reichte aber sein bescheidenes Einkommen nicht aus. Er kam daher auf den Gedanken, sich nach der Art der Frau Kupfer Geld zu verschaffen. Bekannten und Bekannten deutete er geheimnisvoll an, daß er durch Beziehungen zu einer Kriegsgesellschaft in der Lage sei, viel Geld zu verdienen. Von einem vertrauensvollen Bekannten erhielt Borchardt ein Bankbuch, auf das er eine Summe nach der anderen eintrug, ohne auch nur einen Pfennig wirklich einzuzahlen. Die erforderlichen Stempel der Großbank und die üblichen zwei Unterschriften fälschte er. Endlich ging aber ein Gläubiger doch zu der Bank und erfuhr dort, daß er keine Einzahlungen gemacht worden waren. Borchardt war, laut „Berliner Tagebl.“, anfangs nicht zu finden, bis ihn die Polizei in einem eleganten Pensionat im Westen, wo er unter dem Namen Dr. Edwin Baron wohnte, ermittelte und festnahm. Er hatte gerade seine Koffer gepackt, um ins Ausland zu reisen. Von den 160 000 M., die er durch seine Schwindelerei erbeutet hatte, besaß der Beschäftigte nur noch 37 000 M. und für 10 000 M. Zinsen.

Gerichtsverhandlungen.

Aus der Pfalz, 28. Juni. Eine Arbeit sonderbaren Inhalts ist der Jahrmahl und Dankschreiben Fidor Ounski in Koblenz. Er hatte für Zahlungsbekämpfung des Löhntenden eines im Feld stehenden Schiffers eine Rechnung über 50 M. aufgestellt. Der Mutter des Kindes erschien der Betrag etwas zu hoch und sie schickte das Kind zu dem Jahrmahl und ließ fragen, ob er sich nicht geirrt habe. Statt einer Antwort holte der Jahrmahl dem Mädchen fünf füllige, die er angefordert hatte, wieder heraus, so daß die Jahrmahl zwei Tagen. Das Schöffengericht verurteilte Ounski zu 500 M. Geldstrafe.

Mannheim, 28. Juni. Wegen unerlaubten Pferdehandels verurteilte das Schöffengericht den Pferdehändler Leopold Dellheim zu 2000 M., den Pferdehändler Werthold Pfeifer zu 1000 M. und den Pferdehändler David Gärtner zu 600 M. Geldstrafe.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Deutscher. Im Savoy-Hotel zu Berlin hielt am 9. Juni der Verband Deutscher Del-Großhändler und -Fabrikanten e. V. eine außerordentliche Hauptversammlung ab, an der 168 Vertreter von Großhandelsfirmen und Schmiermittelherstellern aus allen Staaten Deutschlands teilnahmen. Der Syndikus des Verbandes berichtete über die Tätigkeit der Geschäftskommision, deren erstes Bestreben es gewesen, an der Bewirtschaftung des Reiches mit Schmiermitteln mitzuwirken und Armee, Marine, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft mit den notwendigen Mineralölen und Fetten zu versorgen. Große Schwierigkeiten waren zu überwinden, um den Einflüssen der Kriegsverhältnisse auf die Lieferungen der Mitglieder zu begegnen, Teile aus dem Auslande heranzubringen und dem Verbands Anerkennung als die berufene Vertretung des Geschäftszweiges zu verschaffen. Der Verband ist nunmehr mit 6 Vertretern im Beirat der Kriegsschmiermittel-Gesellschaft vertreten. Dadurch ist der Verband in die Lage versetzt, an allen das Mineralölgeschäft betreffenden Maßnahmen und Bestimmungen beratend mitzuwirken. Die Versammlung beschloß einstimmig das große Interesse, welches der Deutsche Del-Großhandel daran nimmt, auch in der gegenwärtigen schweren Zeit für die Bedürfnisse seiner alten Freunde in Industrie und Landwirtschaft einzutreten. Der Beiratung gehören 20 Firmen aus erstem Rangband des Geschäftszweiges an und sie betreibt als einziger Hochverbraucher neben dem eigenen Interesse diejenigen der deutschen Del-Verbraucher. Diese gilt es, solange während des Krieges und in der Uebergangsperiode, als auch nach dem Eintreten normaler Verhältnisse, gegen die Nachbestrebungen und demnach sich ergebender Preissteigerung im Interesse der deutschen Volkswirtschaft zu verteidigen. Nachdem der Beirat unserer Feinde, Deutschland auch mit Schmiermitteln auszuliefern, dank der militärischen Erfolge der verbundenen Truppen in Ostgalizien und Rumänien und der Mithilfe der einheimischen Industrie gesichert ist, wird der Verband in seiner zunehmenden Geschäftlichkeit, gestützt auf die jahrelangen Erfahrungen und die ausgebildeten Organisationen der einzelnen Firmen, wirksam mitarbeiten können an der Schmiermittelversorgung der deutschen Verbraucher. Der Verband hat beschlossen, Mitte Juli seine Geschäftsstelle nach Berlin 6, Schiffbauerdamm Nr. 15, zu verlegen.

Aus den Ständebüchern der Stadt Karlsruhe.

Schwaben.

21. Juni: Hilda, B. Jakob Silbermann, Kaufmann; Efride Aina, B. Oscar Wolf, Feldwebel. — 22. Juni: Efride Susanna, B. Franz Adenmayer, Kaufmann. — 23. Juni: Aina, B. Otto Wolf, Fabrikarbeiter. — 24. Juni: Adolf, B. Karl Weber, Friseur; Hubert Otto, B. Friedrich Dahrendorf, Oberleutnant; Helene, B. Friedrich Hauber, Stadtmittler. — 25. Juni: Katha, B. Hans, B. Josef Alpen, Kaufmann; Anna, B. Joh. Tannert, Möbelfabrikant; Aina, B. Otto Dieter, Schneider.

Chemnitzer.

26. Juni: Albert Leberer von Waisbad, Maschinenfabrikant hier, mit Hilda Oesterle von Jffgheim; Karl Weg von Borsch, Kaufmann hier, mit Wilhelmine Wolf von Wierlich.

Todesfälle.

25. Juni: Elisabeth Fischer, 64 J., Ehefrau von Karl Fischer, Zimmermann; Amalie, 16 J., B. Bruno Lange, Kaufm. — 26. Juni: Josefine Vertich, 66 J., Ehefrau von Theodor Vertich, Bauhandl.

Unser Landesfürst Großherzog Friedrich II.

beschließt am 9. Juli, im 36. Monat des Völkerrings, sein 60. Lebensjahr. Das badische Volk nimmt von ganzem Herzen teil an dieser Geburtstagsfeier. Auf Vorschlag des Bad. Landesvereins vom Roten Kreuz hat Seine Königliche Hoheit zu genehmigen geruht, daß aus diesem Anlaß zur Linderung der Not des Krieges im ganzen Lande gesammelt und die Spenden ihm zur Förderung der Bestrebungen des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz dargebracht werden. Wer möchte da sich nicht beteiligen an dieser

Großherzogs-Geburtstags-Spende!

Wer möchte nicht auch seine Gabe darbringen, seinem Fürsten eine Freude zu bereiten und zugleich Krankheit und Not in vielerlei Gestalt lindern zu helfen! Vom 2. bis 9. Juli liegen in allen bekanntgegebenen Sammelstellen Sammellisten auf.

Opfertage:

Samstag, den 8. Juli, Montag, den 9. Juli.

Der Ehrenvorsitzende des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz:
Prinz Max von Baden.

Der Territorialbelegte der Freiwilligen Krankenpflege für das Großherzogtum Baden:
Freiherr von Bodman.

Der Stellvertretende Kommandierende General des XIV. Armeekorps:
Generalleutnant Jäbert.

Für das Erzbischöfliche Ordinariat: Für den Evangelischen Oberkirchenrat:
Dr. Thomas Hörber, Erzbischof. **Präsident Dr. Nibel.**

Für den Oberst der Jhraketen:
Dr. Mayer, Geh. Oberregierungsrat.

Der Vorsitzende des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz:
General Limberger.

Der Vorsitzende der Depotabteilung des Badischen Landesvereins vom Roten Kreuz:
Bielefeld, I. und I. Österr.-ungar. Konjnl.

Der Generalsekretär des Badischen Frauenvereins:
Müller, Geheimerat.

Die unterzeichneten

Reinigungs-Institute

sehen sich genötigt, veranlasst durch die ungeheure Preissteigerung der Putzleder, Tücher, sonstigem Arbeitsmaterial und Arbeitslöhne die Abonnementpreise für

Fensterputzen ab 1. Juni ds. Js. **25%** zu um erhöhen.

I. Karlsruher Reinigungs-Institut
F. W. Miethe.

Zentral-Reinigungs-Institut
Joh. Käser.

Haupt- u. Residenzstadt Karlsruhe.

Höchst- u. Nichtpreise.

In der Zeit vom 28. Juni bis einschließl. 1. Juli sind auf den Märkten und in den Verkaufsgeschäften hiesiger Stadt folgende Richtpreise einzuhalten.

Gemüse.

Blumenkohl	1 Stück	80-100	Hg.
Weißkraut	1 Pfund	20-25	"
Wirsing	1 Pfund	20-25	"
Spinat	1 "	20-25	"
Bohnen, grüne	1 "	30-35	"
gelbe	1 "	35-40	"
Erbsen, grüne	1 "	30-35	"
Karotten	1 Bund	10-30	"
Doppel	1 "	70-80	"
Schnittkohl	1 Pfund	15-20	"
Kunkelrübblätter	1 Pfund	10	"
Rüben, rote, neue Ernte	1 Bund	10-15	"
Kohlrabi	1 Pfund	20-25	"
Kopfsalat, inländischer	1 Stück	5-15	"
Endivien-Salat	1 Stück	15-20	"
Sellerie	1 "	5-20	"
Marirüben	1 Pfund	10-12	"
Zuckererbsen	1 Pfund	45-50	"
Meerrettig	1 Stück	30-70	"
Netzig	1 "	2-10	"
Radieschen und Eisapfen	1 Bund	3-10	"
Gurken	1 Stück	30-70	"
zum Einmachen	1 "	2-6	"
Spargeln I	1 Pfund	65-70	"
II	1 "	35-40	"
Rhabarber	1 "	15-20	"
Zwiebeln, inländische	1 "	30	"
Zwiebeln, mit Rohr	1 "	20-25	"
Neue Kartoffeln	1 "	12	"

Obst.

Apfeln	1 Pfund	45	Hg.
Erdbeeren	1 "	75	"
Seidelbeeren	1 "	50	"
Johannisbeeren	1 "	40	"
Stachelbeeren	1 "	40	"

Karlsruhe, den 27. Juni 1917.

Preisprüfungsstelle für Marktwaren.

Besuchskarten liefert schnellstens und billigst die Badische Landeszeitung, G.m.b.H.

Sofort zu kaufen gesucht:

15-20000 Stück

gebrauchte noch guterhaltene

Biber-

schwauzziegel.

Preisangebote sind zu richten an das

Städtische Hochbauamt

Karlsruhe

Karl-Friedrichstraße Nr. 8

Zimmer 169.

903



50 Arbeiterinnen

für

Städt. Arbeitsamt

Zähringerstraße 100, III.

Gemüse-Sehlinge.

Rosenkohlspflanzen, junge, wüchsige

Ware der Sorte „Fest und Viel“

können abgegeben werden.

Abgabezeit: Nachmittags von

2-5 Uhr, Eisingerstraße 6.

Städt. Gartenamt.

Großherzogliches

Hoftheater Karlsruhe

Donnerstag, den 28. Juni 1917.

69. Vorstellung

der Operette A (rote Karten).

Der Troubadour

Drei in 4 Akten, nach dem Italienischen

des Salvatore Cammarano, von Heinrich

Broch, Musik von Beddy.

Musikalische Leitung: Wlth. Schuppe.

Szenische Leitung: Max Bittner.

Personen:

Der Graf von Luna Max Bittner.

Leonore, Hofräuclin M. v. Meuna.

„ „ Joh. Mayer.

Manrico „ D. Reugebauer.

„ „ Eug. Reinbach.

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

„ „ „

Bekanntmachung.

Enteignung und Ablieferung von beschlagnahmten Glocken aus Bronze und von beschlagnahmten Prospektpfeifen aus Zinn von Orgeln und freiwillige Ablieferung von anderen Bronze-Glocken und von anderen Zinnpfeifen, Schalleitern und sonstigen Musikinstrumenten aus Zinn.

I. Jeder, der beschlagnahmte Bronze-Glocken und Zinnpfeifen gemeldet hat, hat eine die Enteignung betreffende „Anordnung“ erhalten, durch die das Eigentum an den in seinem Besitz befindlichen beschlagnahmten Gegenständen auf den Reichsmilitäriskus übertragen ist. Das Weitere über die Ablieferung, vorläufige Befreiung von der Ablieferung usw. ist in der Anordnung, die auf der Rückseite der Anordnung abgedruckt ist, sowie in den überlieferten Anordnungen enthalten.

2) Der Ablieferer der enteigneten Gegenstände erhält einen Anerkennungsschein (in 2 Stücken), auf dem der ihm zustehende Betrag verzeichnet ist. Gegen Abgabe des mit dem Entlassungsvermerk versehenen Scheines zahlt die Stadtkasse dem Ueberbringer den Betrag aus. Nach Auszahlung des auf dem Anerkennungsschein angegebenen Betrags sind alle Befreiungen ausgeschlossen.

3) Die Personen, die sich mit dem Uebernahmepreis nicht einverstanden erklären, haben trotzdem die Gegenstände abzuliefern. Sie erhalten an Stelle des Anerkennungsscheines eine Entlassung (nach dem von der Metallmobilisationsstelle vorgezeichneten Muster). Der Ablieferer hat Antrag auf endgültige Festsetzung des Uebernahmepreises unmittelbar an das Reichsentscheidungsgericht für Kriegswirtschaft Berlin W 10, Viktorienstraße 34, zu stellen. Ueber die dabei einzuhaltenden Vorschriften gibt das städtische statistische Amt (Zähringerstraße 95) Auskunft.

II. Außer den beschlagnahmten Gegenständen können freiwillig abgeliefert werden:

Die nicht von der Beschlagnahme betroffenen Bronze-Glocken: alle Pfeifen, Schalltrichter, Schallröhren usw. aus Zinn von Orgeln und anderen Musikinstrumenten, soweit sie nicht Prospektpfeifen sind. Für jedes Kilo der freiwillig abgelieferten Glocken wird 2,50 M und der Pfeifen usw. 4 M bezahlt.

Die an den Gegenständen befindlichen Beschläge oder Bestandteile aus anderem als dem betreffenden beschlagnahmten Material werden nicht vergütet; sie müssen deshalb vor der Ablieferung entfernt werden.

Im übrigen gilt für die freiwillige Ablieferung das in Biffer I, 2 Gesagte.

III. Die städtische Annahmestelle für Metall und Fahrrad-Bereifungen befindet sich Karlsruhe 30. Sie ist werktäglich geöffnet von 8 bis 12½ Uhr und von 1½ bis 7 Uhr.

Karlsruhe, den 27. Juni 1917.

Das Bürgermeisteramt.

Die Auszahlung der Kriegszuschüsse für die erste Hälfte

Juli 1917 findet nach Maßgabe der Ordnungszahl der Ausweis-

karten an folgenden Tagen statt:

D.-Z. 1 bis mit Nr. 2700 Montag, den 2. Juli 1917,

2701 bis mit Nr. 5400 Dienstag, den 3. Juli 1917,

5401 " " " 8000 Mittwoch, den 4. Juli 1917,

8001 " " " 10500 Donnerstag, d. 5. Juli 1917,

10501 " " " Schluß Freitag, den 6. Juli 1917,

jeweils vormittags von 8-1/1 Uhr und nachmittags von 1/3-6 Uhr

im großen Rathhaussaal.

Im Interesse einer geordneten und raschen Abwicklung des Aus-

zahlungsgeschäftes muß dringend darauf bestanden werden, daß die Be-

zugsberechtigten die vorgegebene Reihenfolge genau einhalten.

Karlsruhe, den 28. Juni 1917.

Das Bürgermeisteramt.

Kriegsspeisung.

Der Stadtrat hat die Erhöhung des Preises der Krieg-

pfeifen entsprechend der Steigerung der Selbstkosten der Stadt um

10 Pfennig für das Liter Essen mit Wirkung vom 1. Juli

d. J. ab beschlossen.

Es sind deshalb vom Montag, den 2. Juli d. J. ab zu

zahlen: bei Entnahme von 1 bis 3 Liter Essen täglich

35 Pfennig für das Liter,

bei Entnahme von 4 und mehr Liter Essen täglich

30 Pfennig für das Liter Essen.

Auch bei diesem Preise sind die Selbstkosten der Stadt nicht

gedeckt und wir bitten die wohlhabenden Teilnehmer an der

Kriegsspeisung auch künftig die Zuschlaggebührenscheine zu lösen.

Städtisches Kriegsspeisungsamt.

Stenographie!

Mittwoch, den 4. Juli d. J., abends 8 Uhr, eröffnen wir

in der Leopoldschule (Leopoldstraße) wieder einen

Anfängerkurs

für Damen und Herren.

Einzelunterricht liegen beim Schuldiener u. in unserem Ver-

einslokal - Gasthaus zur Rose (Kaiserplatz) - auf. Anmeldun-

gen werden auch am Eröffnungssabend entgegen genommen.

Karlsruhe, den 28. Juni 1917.

Stenographen-Verein Gabelsberger

Der Vorstand.

Im Abonnement I. Kl. 90 Pf., II. Kl. 60 Pf.

III. Kl. 35 Pf.

Salon- u. Wannenbäder im Friedrichsbad

Kaiserstrasse 136. 1699

Bekanntmachung.

Ablieferung von Aluminium.

Das Aluminium ist aus den Straßen, die mit Buch-

staben

L beginnen, am 29. und 30. Juni

M " " 2. und 3. Juli

bei der Annahmestelle Karlsruhe 30 in der Zeit von

8-1/1 und 1/3-7 Uhr

abzuliefern.

Karlsruhe, den 26. Juni 1917.

Das Bürgermeisteramt.

Für süddeutsche Jagdliebhaber

die sich eine reich illustrierte Fachzeitschrift für Jagd, Schießwesen, Fischerei und Jagdhunde-Zucht halten wollen, kommt

„Der Deutsche Jäger“

in allererster Linie in Betracht, da er die einschlägigen Verhältnisse am besten beherrscht und am ausführlichsten berührt.

Probenummern gratis vom Verlag des „Deutschen

Jäger“ in München, Rumfordstraße 1, 1. Stock.

Salon- u. Wannenbäder

Im Abonnement I. Kl. 90 Pf., II. Kl. 60 Pf.

III. Kl. 35 Pf.

im Friedrichsbad

Kaiserstrasse 136. 1699